



Rojava

Gespräch mit YPJ-Sprecherin Nesrin Abdullah. Über die Selbstermächtigung von Frauen, das emanzipatorische Erbe der Kurden und die Weiterführung der Revolution. Außerdem: Trumps Chefberater Bannon kommt zu überraschenden Einsichten. Schwarzer Kanal von Arnold Schölzel

ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 19./20. AUGUST 2017 · NR. 192 · 2,00 EURO (DE), 2,20 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Gegen Spekulanten

Venezuela: Staatliche Preiskontrolle wird häufig unterlaufen. **3** Constituente soll Abhilfe schaffen

Ohne Reue

Wie Beamte einer Göttinger Polizeieinheit sich als Zeugen in einem Prozess selbst belasteten **4**

Mit Konsequenzen

Türkei beschießt kurdische Stadt Afrin. **6** Rebellen Sprecher sieht langfristige US-Präsenz im Land

Für Frieden

Vorschein der Revolution: 1917 übten die Turiner Arbeiter den Aufstand. Von Gerhard Feldbauer **15**



Schatten des Krieges

Opfer aus 34 Ländern: Nach Anschlag einer IS-Terrorzelle viele Tote und Verletzte in Barcelona. Schock in Touristenmetropole. **Von Mela Theurer, Barcelona**

Höchste Alarmstufe: Angehörige der »Mossos d'Esquadra«, der katalanischen Polizei, sicherten den Tatort auf dem Las-Ramblas-Boulevard ab (Barcelona, 18.8.2017)

Am Tag nach dem Attentat herrscht in der sonst so quirligen katalanischen Hauptstadt Trauer. Zur Mittagsstunde versammelten sich am Freitag Tausende auf der Plaça de Catalunya im Zentrum Barcelonas, um mit einer Schweigeminute der Opfer zu gedenken. Spaniens König Felipe war ebenso zugegen wie Regierungschef Mariano Rajoy und Kataloniens Premier Carles Puigdemont, die ihren Urlaub abgebrochen hatten, um in die Stadt am Mittelmeer zu kommen. In der Nähe dieses Platzes, am oberen Ende des von Einheimischen und Touristen üblicherweise dicht bevölkerten Prachtboulevards Las Ramblas, hatte ein Täter am Donnerstag gegen 17 Uhr mit einem Lieferwagen seine Horrorfahrt in die Menschenmenge gestartet. Erst nach etwa 600 Metern kam das Auto auf Höhe des Opernhauses Gran Teatre del Liceu zum Stehen, der wohl unbewaffnete Fahrer flüchtete zu Fuß in den angrenzenden Stadtteil Raval.

Hinterlassen hatte er eine Schneise des Grauens: 13 Menschen starben – nach Angaben der Einsatzkräfte vom Freitag nachmittag –, mehr als hundert Besucher der Flaniermeile wurden verletzt, 17 von ihnen sind noch nicht außer Lebensgefahr. Die Opfer stammen aus 34 Ländern.

Die Gegend wurde sofort nach dem Anschlag von den zahlreich mobilisierten Sicherheitskräften weiträumig abgesperrt. Umliegende Gebäude wurden evakuiert. Bis kurz vor Mitternacht galt ein Teil der Ramblas als Sperrzone – weder Anwohner noch Touristen konnten zu ihren Wohnungen und Hotels gelangen. Von den katalanischen Behörden wurde der für solche Fälle entwickelte »Antiterroristische Plan« umgesetzt, der erhöhte Schutzmaßnahmen vorsieht und die Fahndung nach Attentätern erleichtern soll.

Wenige Stunden später der nächste Alarm. Ein Anschlag im Küstenort Cambrils südwestlich von Barcelona.

Die Polizei erschießt fünf Männer auf der Flucht. Gegen 1.30 Uhr in der Nacht zu Freitag sollen sie auf der dortigen Promenade mit einem Auto Jagd auf Passanten gemacht haben. Von den sieben verletzten Opfern der Attacke überlebte eine Frau deren Folgen nicht. Inzwischen bringt die Polizei die Vorfälle auch mit einer Explosion in einem Wohnhaus in der etwa 150 Kilometer südlich von Barcelona gelegenen Ortschaft Alcanar am Abend des 16. August in Verbindung. Dabei wurden eine Person getötet und mehrere verletzt.

Noch am Donnerstagabend hatte die sich als »Islamischer Staat« ausgebende Terrormiliz über ihr Sprachrohr *Amak* die Verantwortung für das Massaker für sich reklamiert. Es folgt einem Tatmuster, wie man es von den Anschlägen in Berlin und Nizza kennt. Auch die katalanische Metropole war potentiell Ziel. Als Tourismusmagnet profitiert sie von der unsicheren Lage in nordafrikanischen Ländern, aber auch in der

Türkei. Vier Tatverdächtige, die der Polizei – die eine größere Zelle vermutet – ins Netz gingen, haben keine bekannte terroristische Vorgeschichte.

Aus aller Welt trafen Beileids- und Solidaritätsbekundungen ein, auch von US-Präsident Donald Trump. In einem weiteren Tweet stellte er eine Massenezekution aufständischer Muslime auf den Philippinen 1911 – eine Legende – als Vorbild heraus. Sowohl der katalanische Regierungschef als auch Barcelonas Bürgermeisterin Ada Colau warnten vor Islamhass und verteidigten eine offene, humane Gesellschaft. In Deutschland griff die AfD die Anschläge als Munition für ihren nach NPD-Manier geführten Wahlkampf auf. Spitzenkandidatin Alice Weidel sieht darin die Folge einer »laxen Immigrationspolitik«. Die Kommunistische Jugend Kataloniens (JCC) verurteilte die Terroristen energisch – »ebenso wie die Regierungen, die sie als Fußvolk für ihre imperialistischen Kriege finanziert haben.«

Erdogan mischt sich in Bundestagswahl ein



Istanbul. Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hat sich am Freitag in Istanbul in den Bundestagswahlkampf eingemischt und in Deutschland lebende Türken dazu aufgerufen, bei der Abstimmung im September gegen »Türkeifeinde« zu votieren. »Ich fordere alle meine Landsleute in Deutschland auf, nicht den Fehler zu begehen und die zu unterstützen, weder die Christdemokraten noch die SPD noch die Grünen«, sagte Erdogan. Die in der Bundesrepublik lebenden Türken sollten statt dessen Parteien den Vorzug geben, die sich der Türkei gegenüber nicht feindlich verhielten. Außerdem forderte Erdogan die Bundesrepublik zur Auslieferung mutmaßlicher Putschisten auf. »Genauso wie Deutschland seine Bürger von uns zurückhaben möchte«, erwerbe die Türkei, die »sich dort aufhaltenden Terroristen« überstellt zu bekommen. (dpa/JW)

Zuspitzung der Krise bei der Bundeswehr

Berlin. Nach den Berichten über das Zeigen des Hitlergrußes, das Mitgrölen von Rechtsrocktiteln und ein Schweinskopfen bei der Bundeswehr-Einheit für Spezialeinsätze im Ausland, KSK, hat auch das BRD-Militär eine eigene Ermittlung eingeleitet. Wehrbeauftragter Hans-Peter Bartels zeigte sich laut dpa am Freitag besorgt: »Das Zeigen des Hitlergrußes ist keine Geschmacksfrage.« Die Vorwürfe waren am Donnerstag während einer Diskussionsveranstaltung an der Hamburger Führungsakademie des Militärs mit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) bekanntgeworden. Bei dem Treffen ging es um die Wehrmachtstradition der BRD-Streitkräfte, die unter anderem durch das Auffliegen des Bundeswehr-Offiziers Franco Albrecht ab Anfang Mai erneut öffentlich wurde. Dessen ungeachtet überboten sich führende Politiker von Union und SPD am Freitag mit neuen Vorschlägen zur Aufrüstungspolitik. (JW) ■ Siehe Seite 8

Lieferungen auch an Aggressoren

Ausfuhr von Rüstungsgütern weiter hoch: Linke fordert Verbot

Die Bundesregierung genehmigte im ersten Halbjahr 2017 Rüstungsexporte im Wert von 3,5 Milliarden Euro. Das war zwar etwas weniger als im Vorjahreszeitraum. Trotzdem handelt es sich um einen der höchsten Halbjahreswerte überhaupt. Das Bundeswirtschaftsministerium hat die Zahlen dem Abgeordneten Jan van Aken (Die Linke) auf Anfrage mitgeteilt.

Demnach seien die Ausfuhr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2016 (4,032 Milliarden Euro) um

13,2 Prozent zurückgegangen. Erneut gingen etwa 57 Prozent der Rüstungsexporte in Staaten außerhalb von EU und NATO. Mit Lieferungen im Wert von 1,025 Milliarden Euro rangierte Algerien an erster Stelle der Empfängerländer. Auch die kriegführenden Vereinigten Arabischen Emirate mit Lieferungen von 189 Millionen Euro und Saudi-Arabien mit 99 Millionen Euro sind unter den zehn Hauptempfängern von Militärgütern »Made in Germany«. Beide Länder sind im schmutzigen und völkerrechtswidrigen Jemen-Krieg involviert.

Bundesaussenminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte vor seiner Umwidmung zum obersten Diplomaten als Chef des Wirtschaftsressorts eine restriktive Rüstungsexportpolitik propagiert. Nachfolgerin Brigitte Zypries (SPD) führt angeblich diesen Kurs fort. Trotzdem ist es in dieser Legislaturperiode nicht zu einem Rückgang gekommen.

»Die Summe der Genehmigungswerte eines Berichtszeitraums allein ist kein tauglicher Gradmesser für eine bestimmte Rüstungsexportpolitik«, so der Wirtschaftsstaatssekretär Matthias Machnig in seinem Schrei-

ben an die Abgeordneten. »Vielmehr sind die Art der Güter und der jeweilige Verwendungszweck bei der Bewertung zu berücksichtigen. Auch schwanken die Werte in den jeweiligen Berichtsperioden.«

Das will van Aken nicht so gelten lassen und widerspricht Machnig: »Die anhaltend extrem hohen Exportzahlen belegen, dass das heutige System der Rüstungsexportkontrolle nicht funktioniert«, sagt er. »Wer wirklich etwas ändern will, kommt an generellen Verboten für Waffenexporte nicht vorbei.« (dpa/JW)

jW wird herausgegeben von 2.071 Genossinnen und Genossen (Stand 15.8.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

